

Wie stehen OSZE & PACE zu Aserbaidtschan?

Irritierende Unterschiede bei Aserbaidtschan betreffenden Themen



20. Juli 2015: Die Ko-Vorsitzenden der Minsk Gruppe mit Präsident Sargsyan

Die Parlamentswahlen vom 1. November 2015

Zu den neuerlichen Parlamentswahlen in Aserbaidtschan schrieb Eurasianet.org knapp und bündig: „Azerbaijan: Same as It Ever Was“. Bedeutende unabhängige Oppositionsparteien wie die Volksfront und Musavat hatten die Teilnahme rundherum abgelehnt, weil sie kein Vertrauen in das Wahlsystem haben.¹ Amnesty International hatte festgestellt, dass fast alle unabhängigen Nichtregierungsorganisationen geschlossen worden seien und ihre Bankkonten eingefroren.²

Bemerkenswert ist jedoch, wie OSZE und die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE), zwei namhafte Institutionen also, damit umgegangen sind.

Das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), eine der Säulen der OSZE, hatte sich geweigert Wahlbeobachter zu schicken, denn Aserbaidtschan wollte die vom ODIHR als notwendig erachtete Anzahl von Langzeit- und Kurzzeitwahlbeobachter nicht ins Land lassen und hatte so eine ernsthafte und unabhängige Wahlbeobachtung unmöglich gemacht. ODIHR stellte fest, dass dies im Widerspruch zu den Verpflichtungen, die Aserbaidtschanern beim Eintritt in den OSZE einge-

gangen sei, und blieb den Wahlen fern.³

Anders PACE. Sie schickte eine 28-köpfige Wahlbeobachtungsmission. Ihre vorläufigen Erkenntnisse waren bemerkenswert wie erstaunlich. Bei den Wahlen seien internationale Standards eingehalten worden, die aserbaidtschanische Zentrale Wahlkommission habe zur Transparenz des Wahlprozesses beigetragen, die Wahlbeobachtermissionen wolle dem aserbaidtschanischen Volk zu dieser Wahl gratulieren.⁴ Erst in einer späteren Erklärung⁵ versuchte PACE zurückzurudern. Für die „Ehrenrettung“ der PACE-Delegation sorgten nur vier der 28 Wahlbeobachter mit ihrem Minderheitenvotum, darunter die beiden Bundestagsabgeordneten Ute Finckh-Krämer und Frank Schwabe, beide SPD (s. Anhang 5 in Fußnote 5). Die Anwesenheit der PACE-Delegation könne als Legitimierung einer deut-



Finckh-Krämer & Schwabe: Klare Kante

3 <http://www.osce.org/odihr/elections/azerbaijan/181611>

4 <http://assembly.coe.int/nw/xml/News/News-View-EN.asp?newsid=5856&lang=2>

5 <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/X2H-Xref-ViewPDF.asp?FileID=22269&lang=en>

lich undemokratischen Wahl interpretiert werden. Sie beide wollten feststellen, dass ihre Anwesenheit eine solche Legitimität nicht impliziere. In einer separaten Erklärung⁶ schrieben die beiden u.a.: Der ruhige Wahlverlauf „kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Parlamentswahlen in Aserbaidtschan am 1. November freien und fairen Wahlen in keiner Weise entsprechen. Sie sollen dem Land einen demokratischen Anschein geben, der durch die Realität nicht gedeckt ist. Insofern ist die Wahl eine Farce“.

Die Frage ist: Warum hat die PACE mehrheitlich beschlossen, den Wahlen in Aserbaidtschan diese Legitimität zu verschaffen?

Der Karabach-Konflikt

Das „Committee on Political Affairs and Democracy“ der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) verabschiedete am 4. November den Resolutionsentwurf „Escalation of violence in Nagorno-Karabakh and the other occupied territories of Azerbaijan“⁷, der im Januar 2016 im Plenum debattiert werden soll.

Einige Dinge fallen bei Durchsicht des Entwurfs auf:

- Sein Verfasser ist Robert Walter, Großbritannien, Fraktion der Europäischen Konservativen. In der detaillierten Studie von European Stability Initiative (ESI) zum Bericht von Christoph Strässer bezüglich der politischen Häftlinge in Aserbaidtschan vom 23. Januar 2013 in PACE⁸ heißt es zu Robert Walter: Er reise häufig nach Aserbaidtschan und habe sich für wirtschaftliche Kontakte zwischen Aserbaidtschan und Großbritannien eingesetzt. Konkret: Er war z.B. im Auftrag von The Middle East Association (MEA) (Eigenwerbung: „The MEA is the UK’s leading business forum for promoting trade and investment with the Middle East and North Africa“) dort.⁹

6 <http://www.frank-schwabe.de/de/article/1249.keine-freien-und-fairen-wahlen-in-aserbaidtschan.html>

7 <http://website-pace.net/documents/18848/1453125/20151104-ViolenceEscalationAZ-EN.pdf/3fe9d75a-b2a4-436c-9bb6-fc37b505473f>

8 http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=156&document_ID=136#39

9 <http://the-mea.co.uk/news/mea-trade-missi->

1 <http://www.eurasianet.org/print/75821>

2 <https://www.amnesty.org/en/documents/eur55/2787/2015/en/>

Mit anderen Worten: Robert Walter hat in Aserbaidschan wirtschaftliche Interessen. Dabei sind die Verhaltensregel für Berichterstatter von PACE eindeutig.¹⁰ Dort steht u.a. „1.1. principle of neutrality, impartiality and objectivity, including in particular: 1.1.1. undertaking not to have any economic, commercial, financial or other interests, on a professional, personal or family level, connected with the subject of the report, and obligation to declare any relevant interests.“ Mehr noch: Auch seine Ehefrau Feride Alp-Walter ist für The Middle East Association (MEA) in Aserbaidschan tätig, sowohl mit ihrem Ehemann (Fußnote 9) als auch allein.¹¹

Das sind klare Verstöße gegen die Verhaltensregel für Berichterstatter von PACE. Wieso betraut PACE Robert Walter dennoch mit dieser Aufgabe?

- Bei der Durchsicht von Robert Walters Entwurf hat man streckenweise den Eindruck, als seien wesentliche Passagen deckungsgleich mit den politischen Forderungen Aserbaidschans. Die Lösungskriterien des überaus sensiblen Berg Karabach-Konflikts, auf die sich die internationale Gemeinschaft geeinigt hat, wie zum Beispiel die Madrider Prinzipien, sucht man darin vergebens.

- Schließlich: PACE hat kein Mandat zur Lösung des Berg Karabach-Konflikts, sehr wohl aber die 1992 von der OSZE gegründete Minsk Gruppe.

Auf den Resolutionsentwurf von PACE reagierte die Minsk Gruppe am 12. November so¹²: „Es gibt Vorschläge zur Schaffung neuer Verhandlungsformate und Arbeitsgruppen zur Lösung dieses Konflikts ... Angesichts der Sensibilität der Verhandlungen können Versuche, das Format zu ändern oder parallele Mechanismen zu etablieren, die Verhandlungen stören und die Fortschritte hin zu einer Lösung behindern.“

In der Erklärung vom 3. Dezember der Minsk Gruppe hieß es u.a.¹³: „In diesem Jahr sind wir Zeuge geworden von zunehmenden Angriffen auf unser Format. Wir stellen fest: Die Minsk Gruppe ist das einzige Format, das von den Parteien akzeptiert wird und das Vertrauen von allen Mitglieds-ländern der OSZE genießt.“

Die USA, Russland und Frankreich stellen die Ko-Vorsitzenden der Minsk Gruppe. Ihre Außenminister stellten sich mit fast gleich lautenden Verlautbarungen hinter diese Erklärungen der Minsk Gruppe.

Warum tickt PACE anders als OSZE?

ESI nennt für die „Aserbaidschanlastigkeit“ des Europarats bzw. PACE u.a. ganz konkrete private Interessen, die von Aserbaidschan angesprochen werden. ESI bezeichnet das „Kaviar-Diplomatie“. Damit sind kleinere und größere Gefälligkeiten gemeint, mit denen die Abgeordneten „umgestimmt“ werden.¹⁴

In seiner Pressekonferenz¹⁵ vom 23. Januar 2013 zitierte Christoph Strässer, heute Beauftragter für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung, den damaligen wie heutigen aserbaidschani-schen Delegationsleiter Samad Seyidov, der wortwörtlich gesagt haben soll, der Europarat gehöre ihm und nicht Herrn Strässer.

Diese Versuche Aserbaidschans sich regelrecht Einfluss zu kaufen beschränken sich keineswegs auf den Europarat, sie sind auch in den USA zu beobachten und werden thematisiert. Nach Aussage von Sunlight Foundation (<http://sunlightfoundation.com/>) gehört Aserbaidschan in den USA zu den Top Ten der Länder, die sich durch großzügige finanzielle Mittel Einfluss kaufen, dabei ist ihm u.a. die Podesta Group hilfreich.¹⁶

Einen ganz besonderen Versuch, Washington für sich einzunehmen, gab es im Mai 2013. Da wurde eine große US-Delegation, darunter auch John Boehner, damals noch Sprecher des US-Repräsentantenhauses, nach Baku eingeladen. Die Kosten - mehrere Hunderttausend USD - übernahm über die Assembly of the Friends of Azerbaijan die staatliche Erdölgesellschaft SOCAR. Die Gäste bekamen sehr teure Geschenke. Das Ganze hatte auch ein Nachspiel beim House Ethics Committee.¹⁷

14 http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=156&document_ID=131

15 http://coenews.coe.int/vod/20130123_03_e.wmv

16 <http://foreignpolicy.com/2015/06/11/how-azerbaijan-and-its-lobbyists-spin-congress/>; <https://www.occrp.org/freekhadijajismayilova/stories/how-azerbaijan-manipulates-public-opinion-in-the-US.php>

17 <http://www.politico.com/story/2015/07/house-ethics-committee-clears-lawmakers-2013-azerbaijan-trip-120869>

EU & Armenien

Am 7. Dezember gaben Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, und Armeniens Außenminister Eduard Nalbandian in Brüssel offiziell die Einleitung von Verhandlungen für ein neues Rahmenabkommen der EU mit Armenien bekannt.



Nalbandian & Mogherini © EU-Kommission

Am 12. Oktober 2015 hatte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten der EU die Europäische Kommission und den Hohen Vertreter ermächtigt, Verhandlungen über eine neue, rechtsverbindliche und übergreifende Vereinbarung mit Armenien zu öffnen und das entsprechende Verhandlungsmandat verabschiedet.

Trotz der Entscheidung Armeniens, im September 2013 das Assoziierungsabkommen mit der EU, einschließlich einer vertieften und umfassenden Freihandelszone nicht zu unterzeichnen, haben Armenien und die EU auch danach ihren politischen und Handelsdialog in Bereichen fortgesetzt, die mit den neuen Verpflichtungen Armeniens gegenüber der EEU (Eurasischen Wirtschaftsunion) kompatibel sind. Sie haben dabei auch eine Vorstudie für eine zukünftige rechtliche Vereinbarung erfolgreich abgeschlossen.

Frau Mogherini sprach am 7. Dezember von einer stärkeren Zusammenarbeit u.a. in den Bereichen Energie, Verkehr und Umwelt. Sie sei sich sicher, dass das neue Abkommen relativ rasch ausgehandelt und bald in Kraft treten werde. Die Verhandlungsteams der Parteien kennen sich seit 2010 gut, sodass Anlass für Optimismus bestehe. Allerdings: Einen Namen hat diese, noch auszuhandelnde neue Vereinbarung gegenwärtig nicht.

Die Beziehungen der EU mit Armenien basieren auf dem EU-Armenien Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (1999). Armenien wurde 2004 in die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und in 2009 in die Östliche Partnerschaft aufgenommen.

on-azerbaijan

10 <http://assembly.coe.int/nw/xml/RoP/RoP-XML2HTML-EN.asp?id=CHDBFHJD>

11 <http://www.ctgrouptravel.co.uk/azerbaijan-trade-mission-18th-to-22nd-september-2011/>

12 <http://www.osce.org/mg/199471>

13 <http://www.osce.org/mg/206036>